

Änderungsantrag

**der Fraktion der GRÜNE und
der Fraktion der CDU**

**zu dem Antrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 18/475**

Sanierung des Opernhauses in Stuttgart

Der Landtag wolle beschließen,

den Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 18/475 – um folgende Abschnitte II und III zu ergänzen:

„II. festzustellen,

dass die Sanierung des Littmann-Baus erforderlich ist, und Oper und Ballett eine entsprechende Spielstätte und Werkstätten brauchen. Angesichts der seit 2019 eingetretenen erheblichen Baukostensteigerungen und veränderten Rahmenbedingungen jedoch eine vertiefte Prüfung des weiteren Vorgehens unter Berücksichtigung der zu erwartenden Gesamtkosten erfolgen muss;

III. die Landesregierung zu ersuchen,

die Expertenkommission mit einer ergebnisoffenen Prüfung der möglichen Varianten für die Zukunft der Württembergischen Staatstheater zu beauftragen. Dabei sollen insbesondere die Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit einzelner Sanierungsschritte und -abschnitte sowie von Spielstätten, Werkstätten und Ausweichspielstätten untersucht und hinsichtlich ihrer jeweiligen Kosten, Dauer und Auswirkungen auf den Spielbetrieb bewertet werden. Für die Ausweichmöglichkeiten während der Sanierung ist eine in der aktuellen Zeit wirtschaftlich darstellbare Möglichkeit zu finden. Die Prüfung soll eine belastbare Entscheidungsgrundlage für den Landtag schaffen und insbesondere die jeweiligen aktuell absehbaren Gesamtkosten, Risiken und zeitlichen Auswirkungen der unterschiedlichen Varianten transparent darstellen. Einer bestimmten Variante soll durch die Beauftragung der Expertenkommission nicht vorgegriffen werden.“

8.10.2026

Andreas Schwarz, Köhler, Saint-Cast
und Fraktion

Vogt, Dr. Becker, Sturm
und Fraktion

Begründung

Die Sanierung der Württembergischen Staatstheater ist eine langfristige und finanziell weitreichende Entscheidung. Seit der ursprünglichen Planung im Jahr 2019 haben sich die Rahmenbedingungen, insbesondere bei den Baukosten, erheblich verändert. Damit verbunden wird eine Expertenanhörung durchgeführt, die dem Landtag sowie der Landeshauptstadt mit einer ergebnisoffenen Prüfung einer wirtschaftlich belastbaren Entscheidungsgrundlage erarbeitet. Hierfür ist eine ergebnisoffene Betrachtung der unterschiedlichen Möglichkeiten erforderlich.